

Die Kommunisten zeigen den Ausweg

Reichstagsrede des Genossen Schneller für die rote Einheitsfront

In der Reichstagsrede am Montag, dem 9. Mai 1932, hat Genosse Ernst Schneller als Redner der KPD. aus:

Aufwort an Breitscheid

Herr Breitscheid sprach eben davon, man müsse die Grundformen des kapitalistischen Staates erhalten, um ihn dann zum Arbeiterstaat zu machen. Das ist der Betrug am arbeitenden Volk, wie er durch die ganze Politik der Sozialdemokratischen Partei geht. Die Politik des Verstrickens von einem Tage zum anderen, von einem Jahr zum anderen, von einem Jahrzehnt zum anderen, von einer Kapitalüberhäufung zur anderen, ist mehr die einfachsten, elementarsten Lebensbedürfnisse der arbeitenden Massen abgebaut werden, um so unerschütterlich und barockhaft kommt die Sozialdemokratie mit ihrer Behauptung, man müsse diesen Staat, der die Arbeiter ausplündert und unterdrückt, erhalten.

Wir Kommunisten lehnen gegenüber diesen schamlosen Verstrickungen das klare Ziel. Dieser Staat muß zerstört werden! Wir sagen: Die Rolle des Kapitalismus ist so angekommen, daß die Frage heute ist:

Wenn die werktätigen Schichten des Volkes leben wollen, dann muß der Kapitalismus vernichtet werden.

Wohlfahrter Vorkauf bei den Kommunisten? Der Kapitalismus ist nicht mehr imstande, dem arbeitenden Volk die Existenzgrundlage zu erhalten. Herr Breitscheid sagte, daß die Weltteile vor seinem Pande halt gemacht hat. Das stimmt nicht.

Die Sowjetunion ist das Land ohne Kette. Ohne Arbeitsscheit. Ohne Geldismus. Sie ist das Land des ungeheuer grandiosen Aufstiegs des Sozialismus, der Wirtschaft, der Kultur und des Wohlführens der Massen.

Zwei Systeme stehen sich gegenüber: Kapitalismus und Sozialismus. Der eine Weg führt in die Barbarei. Diesen Weg gehen alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten. Wir haben dagegen unseren eigenen Weg, den Weg des revolutionären Kampfes, den Sturz des Kapitalismus, die Aufhebung der Diktatur des Proletariats. (Beifall bei den Kommunisten.)

Die Einheitsfront der Kriegsgeher

Reichstagsrede hat getrieben in seiner Rede vor der Zusammenkunft erklärt, daß, wenn es nicht gelinge, in den entscheidenden Stunden der Reparationen, der Ernährung und der internationalen Kreditfrage zu einer Lösung zu kommen, dann ließe sich die Verhandlung der revolutionären Fronten unermesslich. Wir kennen diese Theorie seit allen Verhandlungen, die jemals von deutscher Seite geführt worden sind. Immer hat man erklärt: Nicht an das Erwachen der revolutionären Bewegung, geht uns Handlungsfreiheit, geht uns die Möglichkeit, auch durch den Ausbau der Revolution der revolutionären Bewegung Herr zu werden. (Sehr wahr, b. d. Kommunisten.)

Herr Brüning hat auch die Frage der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten angesprochen. Er meint, was bei der Föhn führt in die Barbarei. Die Einheitsfront, wie sie Brüning hier vertritt, wäre schon längst zusammengekommen, wenn die Kapitalisten, die die Massen in der Hölle der Welt, die mit dem kapitalistischen System unzufrieden sind, endlich wegschmeißen könnten. Die nationalsozialistischen Führer wollen darum solche Verhandlungen, daß sie die revolutionäre Bewegung gegen ihre eigenen Anhänger anrufen können, wenn diese die Erfüllung aller Bedürfnisse verlangen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

„Germania“ und Iardien

Die Erklärung der entscheidenden Fragen, die in der Rede des Reichstagsredners Brüning aufgestellt wurden, muß nach ergänzt werden durch eine Betrachtung der Haltung, die das Organ des Reichstagsredners, die „Germania“ in der Frage der Sowjetunion eingenommen hat. Die „Germania“ steht in der Form der sozialistischen Regierung, die immer wieder betont, man müsse eine „brüderliche Allianz“ gegen den Kapitalismus, gegen die Sowjetunion“ schaffen. Es handelt sich um einseitiges bei der Haltung der „Germania“ um eine Weisung von höchster Stelle. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Das Organ des Reichstagsredners unternimmt den Versuch, die Propaganda der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zu befeuern. Das bedeutet die ganze außenpolitische Situation, in der die deutsche Reichsregierung ihre Verhandlungen durchführt.

Man hat lange Zeit versucht, es so hinzustellen, als ob eine Kriegsvorbereitung überhaupt nicht bestünde. Vor allem leugneten die Sozialdemokraten die Kriegsvorbereitung. Doch heute läßt der imperialistische Imperialismus gar keinen Zweifel mehr darüber, daß er seine Politik gegenüber der Sowjetunion mit allen Mitteln durchzuführen wird. Die Zeichen des Imperialismus stehen auf Krieg. Wenn jetzt angeblich in Schanghai Waffenstillstand abgeschlossen worden ist, so bedeutet das nur das Vorzeichen zum revolutionären Kampf Japans unmittelbar gegen die Sowjetunion. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Alles für den Sieg der Sowjetunion

Wir fordern auch von hier aus den kühnsten, geschicktesten Kampf der Kommunisten, den Arbeitern und den revolutionären Soldaten unsere Schritte und verpflichten uns unterwerfen, den kühnsten Kampf gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung, Kriegsvorbereitung und Kriegsvorbereitung im eigenen Lande zu führen. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Deutschland löst sich gegenwärtig erneut am Rande. Auf welcher Grundlinie? Auf der Grundlinie der Sicherung dieser Rechte durch Lohnabbau, Unterdrückungsbau und Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Das kapitalistische Deutschland ist bereit, um des Scheiterns willen, an einem Selbstmord, die Sowjetunion teilzunehmen.

Wozu in diesem Zusammenhang steht ein weiteres Problem. Die Arbeiter und Bauern, die Soldaten der Sowjetunion haben in den ersten Jahren nach der Revolution gegen

viertausend Fronten gegen die Revolution verteidigt. Sie haben sich leichter organisieren, haben sich eine Wirtschaft aufgebaut, haben einen Wohlstand geschaffen, sie haben heute eine größere Kraft als je zuvor. Und hinter dem Rücken der weißen

Armeen, die gegen die Sowjetunion marschieren werden, haben große revolutionäre Parteien, die aufstehen können, gemeinsam mit dem Proletariat alles für den Sieg und den Sieg der Sowjetunion zu tun. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Deutschland rüstet zum Krieg

Niemand kann leugnen, daß der Krieg im Fernen Osten sich auch schon langsam auf Deutschland übertragen hat. Deutsche Offiziere, die vom Reich Pensionen erhalten, Generalleutnant und Staatsoffiziere sind als Organisatoren im Fernen Osten tätig. Die Nationalsozialisten haben eine Vermittlung für nazi-kriegspolitische Pläne aufgemacht, die für Japan in der Mandchurien zu kämpfen bereit sind. (Hört, hört und Juchhe!) „Fremdenlegionen!“ In der chemischen Industrie, der Metallindustrie wird Kriegsmunition für Japan hergestellt. Verträge zwischen Schneider-Creusot und den Engländern und Sowjetunion über Sprengstofflieferungen für Japan wurden abgeschlossen. (Hört, hört bei den Komm.) Die französische Munitionsfirma Schneider-Creusot, die ja auch den Nationalsozialisten Subventionen gegeben hat, treibt die effiziente Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion, Schweißarbeiten werden heute verfertigt, Staatssubventionen erhalten vor allem die Kriegsvorbereitung Betriebe.

In dieser außerordentlichen Situation haben wir uns zu verhalten.

Hintergründe des Verbots der proletarischen Freidenker

Dieses Verbot, das den nationalsozialistischen Terror mit allen Mitteln unterstützt, glaubt durch Verbotsmaßnahmen eine Stärkung der revolutionären Bewegung und eine Stärkung der roten Einheitsfront unterbinden zu können. Das arbeitende Volk aber erkennt immer mehr: Freiheit und Gleichheit kann es zwischen Ausbeutern und Ausgebeuterten nicht geben. Die Bourgeoisie hat jetzt die einfachsten Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Koalitionsfreiheit abgesehen. Die Verbotserordnung, die nach dieser Richtung hin eingegangen ist, ist eine Ungeheuerlichkeit. Sie behauptet sich nicht darauf, die Organisationen aufzulösen, sondern behauptet sich mit Geld und Gelangensstrafen bis zu 10 Jahren ohne Beteiligung im Sinne der proletarischen Freidenker. (Stürmischer Beifall! bei den Kommunisten.)

Das Verbot der proletarischen Freidenker ist zugleich ein Hinweis auf die Angehörigen der Arbeiterbewegung. Das Verbot der proletarischen Freidenker ist vollkommen in der Linie der Nationalsozialisten Deutschlands. Die gesamte Innenpolitik wird immer offener in den Dienst der Kriegspolitik gestellt, denn in der Frage gegen die Sowjetunion spielt die Kitzelung eine besondere Rolle. (Sehr wahr, b. d. Komm.)

Wo ist der Ausweg?

Die Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Deutschlands muß notwendigerweise zu einer immer tieferen Verarmung, zu einer immer tieferen Notlage der arbeitenden Massen führen. In nächster Zeit wird im verfallenen Rußland die Politik der Verleumdung der Sozialdemokratie, des Abbaus der Lebens- und der Unterhaltungen durchgeführt werden. Die Sozialdemokraten haben durch Herrn Breitscheid eben offen erklären müssen, daß sie die Reichsregierung in jeder Hinsicht offen unterstützen werden. So bekommt auch das Zentrum jetzt für den Rußland mit den Nationalsozialisten. Es zeigt sich, daß die Nationalsozialisten von der Politik der Sozialdemokraten profitieren. Die Sozialdemokraten haben das arbeitende Volk zum Kampf abgelenkt, sie haben die Arbeiterbewegung schematisch gelassen, sie haben schematisch die Klassenlage herbeigeführt.

Wie 1918 Rußland mit dem Hitler von Epp zusammen zur Niederlegung der revolutionären Arbeit vorging, so werden

die ganze werktätige Bevölkerung aufzurufen, diesen Kriegsvorbereitungen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Kriegsvorbereitungen zu verhindern, alle Kriegsvorbereitungen zu verhindern, durch Streiks und Demonstrationen mit allen Mitteln notwendig zu machen. Wir appellieren an die Frauen und an die Jugend des arbeitenden Volkes zum entschlossensten Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik und zur Verteidigung der Sowjetunion. (In dieser Rede spricht Genosse Schneller ausführlich zu den Soldaten der Wehrmacht. Wir können diese Stellen infolge der Notverordnung nicht abdrucken. Unter kurzweiligem Beifall verweist Genosse Schneller auf das Beispiel des Genossen Willi Schulz in Jülichstraße und das Beispiel des Genossen Scheringer. Dabei kommt es zu einem Tumult, als der Naziabgeordnete Dreher, der den Tumult des Genossen Scheringer, den Soldaten, den Soldaten, die Kommunisten rufen Dreher zu: „Denunziant!“ Der Tumult steigert sich. Es ertönt Ordonierungsrufe. Immer wieder rufen die Kommunisten Dreher keine Schandboten ins Gesicht. Schließlich verschwindet Dreher.

Wende-Gezwing und Ringen zur Durchführung der kriegspolitischen Notverordnungspolitik zulassen. Und so ist Gezwung bereit, gemeinsam mit den Nationalsozialisten in eine Regierung hineingezogen. Schon einmal, im Jahre 1928, war die Kapp-Regierung bereit, Gezwung einen Ministerposten anzunehmen, weil er sich im Kampf um die Arbeiterfrage so bewährt hatte.

Gerade wegen der Zusammenarbeit der Politik der sozialdemokratischen Führer mit der nationalsozialistischen Politik, gerade deswegen, weil heute die Fragen des Geldismus, der Fragen des Hungers, mit den Fragen des Krieges in enger Verbindung stehen, darum müssen wir von dieser Seite aus so einbringlich und ernstlich mit den breiten Arbeitermassen die Frage der

Bildung der roten Einheitsfront

Wollen die sozialdemokratischen Führer zeigen, daß sie die Nationalsozialisten in die Regierung! Demgegenüber legen wir: Die Fortführung der Politik der Zulassung der Brüningregierung, der Politik der direkten Unterstützung des Geldismus durch die sozialdemokratischen Führer, muß den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen darüber öffnen, in welcher verheerend Weise die Arbeiter bisher getäuscht worden sind und in Zukunft getäuscht werden sollen. Wir haben Beispiele aus den letzten Tagen, daß es möglich ist, und zwar durch Massenstreik, Unterdrückungsbau und Lohnabbau zu verhindern. In vielen Gemeinden in Sachsen, wo Unterdrückungsbau durchgeführt werden sollte, mußte er unter dem Druck der demokratischen Erwerbslosen unterbleiben. Im Kampf gegen den Geldismus haben die Arbeiter in Braunschweig, in Barmen, in Teltow, in Bietzen, sich zusammen in einer Front.

In diesen Beispielen werden die Werktätigen in ganz Deutschland lernen, daß nicht parlamentarische Kombinationen, nicht Verhandlungen aus Not und Elend herausreichen, sondern daß sie nur dann, wenn sie auf eigene Kraft verzichten, wenn sie sich in der Front zusammenrücken, Hunger, Unterdrückung und Kriegspolitik überwinden. Der Klassenkampf wird das Ziel des Proletariats, das werktätigen Volkes vernichten, wird die neue Welt des Sozialismus schaffen. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Fort mit dem Freidenker-Verbot!

KPD. fordert Aufhebung der Verbotserordnung

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag die folgende Resolution beantragt und darüber hinaus folgende Zuspitzung eingereicht:

„Durch Vererbung des Reichspräsidenten vom 1. Mai 1932 über die Auflösung kommunistischer Gefängnisorganisationen wird den proletarischen Freidenkern das verfassungsmäßige Recht der organisatorischen Zusammenfassung auf gemeinsamer weltanschaulicher Grundlage und zur Pflege sowie zur Vorbereitung dieser Weltanschauung genommen und die durch Verfassung und allgemeine Gesetze erworbene Befreiung durch Massenstreik, Unterdrückungsbau unter Umständen bis zu fünf Jahren Gefängnis gelöst.“

Durch diese Maßnahmen werden Millionen von Proletariats unter Ausnutzung der Verfassung und der Verfassung, die den Reichspräsidenten und nationaler Freigabe ausgeliefert, indem ihnen einseitig das Recht auf Streik und Abwehr sowie auf Befreiung im Sinne ihrer eigenen Weltanschauung genommen wird.

In der Reichsregierung bereit, diese Verordnung unumkehrlich zurückzunehmen und sich wegen dieser Unumkehrlichkeit gegen Millionen Werktätige von dem Reichstage zu verweigern.“

SPD.-Presse unterstützt Verbot

Während sich alle freiheitlich gekannten Menschen in die Kammer gegen das Freidenkerverbot einreihen, unterliegt ein Teil der SPD.-Presse ganz offen dem imperialistischen Schlag gegen die Freidenker. So schreibt die sozialdemokratische Rhein- und Ruhr-Presse: Diese Sozialdemokraten, wozu nicht weiter, als eine Erklärung, auf Befehl

Massen enthaltene Reduktion von Eintragungen der kommunistischen Partei Nationalsozialisten.“

Severing bereitete den Boden für Freidenkerverbot

Dies ist infame Verleumdung eine nachträgliche Konterrevolution für das Verbot der proletarischen Freidenker bedeutet, braucht man seinen Arbeit zu bewahren. Diese SPD.-Zeitungen liefern nur konstant die Linie fort, die von der SPD. und insbesondere von dem preußischen Innenminister Severing mit der Notverordnung vom 20. März, befolgt wurde. Schon in dieser Notverordnung waren die ersten Schritte zum Freidenkerverbot enthalten. Damals (am 5. April 1931) ließ sich Severing, der Verleumdung des nationalsozialistischen Freidenker-Verbotens, im „Vorwärts“:

„Das Verbot der gesamten Freidenkerbewegung ist das Ziel, auf das die Partei nationalsozialistisch die Nationalsozialistische Regierung drängen wird.“

Dieses Urteil von Severing steht eindeutig die Schuld der SPD. an dem jetzt so tragischen Freidenkerverbot fest.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Aufhebung des Verbotserordnungs beantragt. Aber dieser Antrag wird unsterblich sein, wenn nicht die Nationalsozialisten im Reich außerhalb des Parlaments aufmarschieren. Den Nationalsozialisten sagen Dreher! Jetzt durch die Tat zum Kampf rufen: Heraus aus der Reich!